

Sauer, Stefan; Wohlrabe, Klaus

Article

Neue Umfrageergebnisse zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Sauer, Stefan; Wohlrabe, Klaus (2022) : Neue Umfrageergebnisse zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 75, Iss. 06, pp. 37-41

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/263820>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stefan Sauer und Klaus Wohlrabe

Neue Umfrageergebnisse zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft*

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich aufgehellt. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Mai auf 93,0 Punkte gestiegen, nach 91,9 Punkten im April. Der Index liegt aber immer noch deutlich unter dem Niveau von vor dem Krieg. Die Unternehmen waren zufriedener mit den laufenden Geschäften, die Erwartungen veränderten sich hingegen kaum, und die Unternehmen blickten den kommenden Monaten weiter skeptisch entgegen. Die deutsche Wirtschaft erweist sich trotz Inflations Sorgen, Materialengpässen und Krieg in der Ukraine als robust. Anzeichen für eine Rezession sind derzeit nicht sichtbar.

Das Geschäftsklima hat sich in allen Sektoren etwas erholt (vgl. Abb. 1). Dies ist vor allem auf eine merkliche Verbesserung der Geschäftslage zurückzuführen. Am deutlichsten fiel die Erholung im Einzelhandel aus. Die Erwartungen bleiben dagegen in allen Bereichen überaus pessimistisch. Im Dienstleistungsbereich haben sich die Erwartungen sogar nochmals etwas eingetrübt. Insbesondere Transport- und Logistikunternehmen machen sich Sorgen bezüglich der weiteren Entwicklung.

Positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass die Einschätzungen zur aktuellen Lage bisher den Erwartungen nicht gefolgt sind. Dies steht im Kontrast zu vielen historischen Erfahrungen, die zeigen, dass sich die Geschäftslage meist verschlechtert, nachdem die Erwartungen deutlich gesunken sind (Wohlrabe und Wollmershäuser 2016).

WEITERHIN HOHE UNSICHERHEIT

Der Absturz der Erwartungen in den Konjunkturumfragen lässt sich teilweise durch eine stark gestiegene Unsicherheit der Unternehmen erklären. Seit 2018 fragt das ifo Institut die Unternehmen danach, ob die Vorhersage der zukünftigen Geschäftsentwicklung derzeit leicht, eher leicht, eher schwer oder schwer fällt. Ersteres wird als sehr geringe und letzteres als sehr hohe Unsicherheit interpretiert. Mehr Informationen auch zur Aggregation finden sich in Lautenbacher et al. (2020). In Abbildung 2 wird die so gemessene Unsicherheit nach Sektoren dargestellt. Es zeigt sich zunächst, dass die Unsicherheit seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich höher liegt als zuvor. Im März 2022 nach dem Ausbruch des Krieges war ein deut-

* Der Artikel ist ein Update von Sauer und Wohlrabe (2022).

IN KÜRZE

Der ifo Geschäftsklimaindex Deutschland ist im Mai von 91,9 auf 93,0 Indexpunkte gestiegen. Somit konnte der Index einen Teil des Einbruchs vom März wieder aufholen. Er liegt jedoch aufgrund weiterhin pessimistischer Erwartungen nach wie vor deutlich unter dem Niveau von vor dem Krieg. Die aktuelle Lage ist den Erwartungen bisher allerdings nicht gefolgt. Die Unsicherheit der Unternehmen hat leicht abgenommen, vor allem Engpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten bleiben jedoch überaus problematisch. Zudem fällt es den Unternehmen schwer, Vorprodukte aus Russland anderweitig zu beschaffen. Die Existenzbedrohung der Unternehmen ist in Folge des Krieges nicht gestiegen. Preiserhöhungen bleiben auf der Agenda der Unternehmen.

licher Anstieg der Unsicherheit zu verzeichnen. Im April und Mai gab es zwar eine leichte Entspannung, dennoch ist die Unsicherheit der Unternehmen bezüglich der weiteren Entwicklungen nach wie vor sehr hoch. Das Niveau in den Spitzen der Corona-Pandemie wurde zwar insgesamt nicht erreicht, im Baugewerbe übertrafen die Werte im April und Mai jedoch den Corona-Höchststand.

Am höchsten ist die Unsicherheit in der Textil- und Bekleidungsindustrie, gefolgt von der Mineralölverarbeitung und den Schlüsselbranchen Chemische

Abb. 1
ifo Geschäftsklima im Vergleich

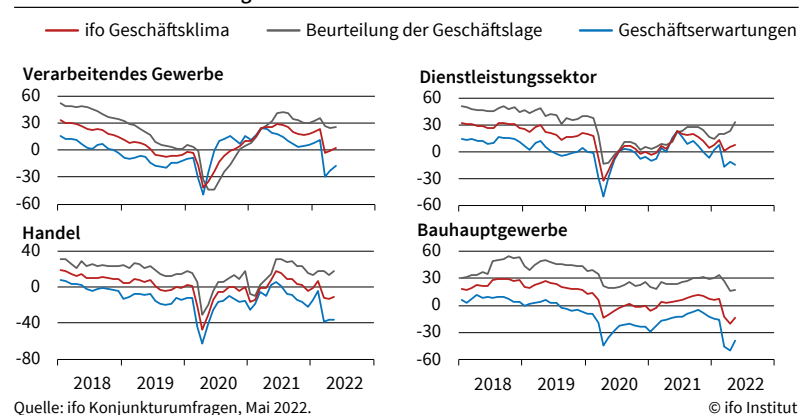
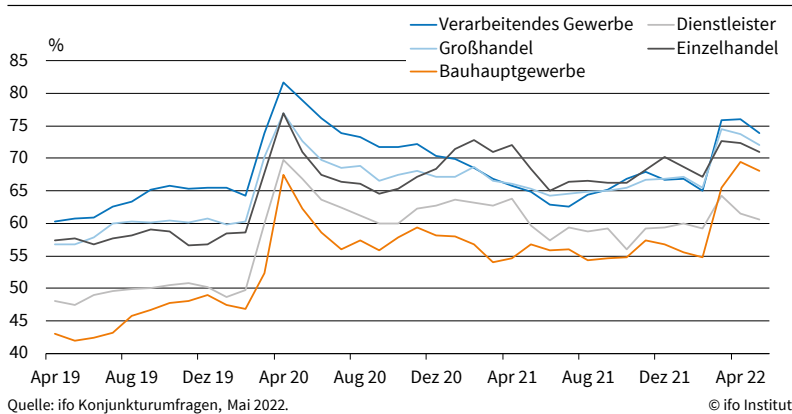


Abb. 2
ifo Geschäftsunsicherheit auf Sektorebene



Industrie und Automobilindustrie. Ebenfalls von hoher Unsicherheit geprägt ist der Verkehrs- und Logistikbereich. Am wenigsten mit Unsicherheit zu kämpfen haben Branchen, wie die Telekommunikationsbranche, Grundstücks- und Wohnungswesen oder die Steuerprüfer, die gar nicht oder nur indirekt vom Krieg in der Ukraine betroffen sind. Diese Bereiche waren zuvor auch schon deutlich geringer von der Corona-Pandemie betroffen als andere.

Unsicherheit kann konkrete Auswirkungen auf das unternehmerische Handeln haben. Eine mögliche Konsequenz von gestiegener Unsicherheit ist, dass Unternehmen gewisse Entscheidungen, z.B. (größere) Investitionen, zunächst einmal zurückstellen.

KEINE ENTSPANNUNG BEI DEN MATERIALENGPÄSSEN

Der Materialmangel bei Vorprodukten und Rohstoffen stellt seit dem Frühjahr 2021 ein zentrales Problem in der Industrie dar. Vor Beginn der Corona-Pandemie berichteten durchschnittlich 6% der Unternehmen von Engpässen. Seit dem zweiten Quartal 2021 stieg der Anteil massiv an. Der Materialmangel in der deutschen Industrie verharrt im Mai 2022 auf hohem Niveau. 77,2% der Firmen klagten über entsprechende Probleme. Im April waren es 75,0%, im März noch

80,2% und im Februar rund 75%. Eine Entspannung lässt also weiter auf sich warten. Das Niveau scheint sich durch den Krieg nicht weiter substantiell erhöht zu haben. Die Anteile haben sich auf einem hohen Niveau eingependelt. Es ist aber zu vermuten, dass viele Firmen durch den Krieg zusätzliche Probleme bei der Beschaffung von Vorprodukten haben, die auch schon vorher betroffen waren. Ein Blick auf die Branchen zeigt, dass alle wichtigen Schlüsselbranchen der deutschen Industrie substantiell betroffen sind (vgl. Abb. 3). Im letzten Jahr sind die Unternehmen davon ausgegangen, dass sich die Materialkrise in diesem Jahr bis zum Sommer auflöst. Davon ist nun nicht mehr auszugehen, die Knappheiten und die hohen Rohstoffpreise dürften weiter andauern. Rund jedes zweite Unternehmen, das von Materialmangel betroffen war, gab zudem an, die aktuellen Lockdowns in China hätten die Situation weiter verschlimmert. Insbesondere die Automobilbauer sind hier betroffen. Die massive Störung der Logistikketten wird die Erholung merklich verzögern. Weitere Informationen und Hintergründe zur Entwicklung vor dem Krieg finden sich in Wohlrabe (2021) sowie Leiss und Wohlrabe (2021).

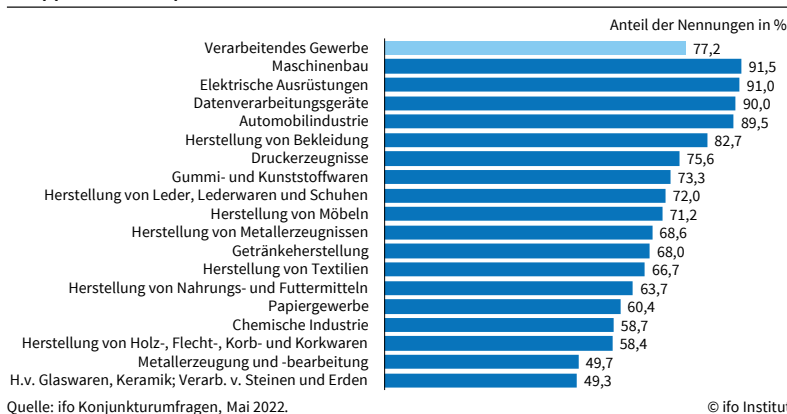
Auch im Bauhauptgewerbe hat sich die Problematik in Folge des Krieges massiv verschärft. Hier wurde im Mai mit 51,6% ein neuer Höchststand erreicht, nach 50,8% im April und 34,8% im März. Russland und die Ukraine sind wichtige Lieferanten von Baustahl, hier herrscht nun Knappheit. Beim Bitumen – benötigt für den Straßenbau und zur Abdichtung – gibt es weitere Verwerfungen. Die Herstellung vieler Baumaterialien ist zudem sehr energieintensiv. Die starken Preisanstiege bei den Energieträgern bedrohen deshalb auch die heimische Produktion und sorgen für weitere Verteuerungen beim Baumaterial.

Die Schließung der Häfen in China hat auch die Lieferprobleme im Einzelhandel verstärkt. 80,1% der Einzelhändler klagten im Mai über Schwierigkeiten. Im April waren es 67,1%, auf dem Höhepunkt im Dezember 81,6%. Zwei Drittel der Einzelhändler erklärten, die Lage in China habe die bereits bestehenden Lieferprobleme nochmals verschärft. So berichteten 100% der befragten Spielwarenhändler von ausbleibenden Lieferungen. Auch in nahezu allen Baumärkten und Supermärkten bleiben vereinzelt Lücken im Regal. Bei den Fahrradhändlern fehlen teilweise einzelne Komponenten, um die Fahrräder fertig zu montieren. Fehlende Halbleiter und Chips lassen die Auswahl bei elektronischen Produkten schrumpfen.

SUBSTITUIERBARKEIT VON IMPORTEN AUS RUSSLAND GESTALTEN SICH SCHWIERIG

Wenn wirtschaftliche Beziehungen, insbesondere von Importen aus Russland, der Ukraine und Belarus, bestehen, stellt sich für viele Unternehmen die Frage, ob und wie sie diese substituieren können. Hier spielen auch die Lieferengpässe in der Industrie und im Handel eine wichtige Rolle. Zum einen können Unter-

Abb. 3
Knappheit von Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe



Tab. 1

Substituierbarkeit von Importen (Angabe in %)

	Verarbeitendes Gewerbe	Dienstleistungen	Großhandel	Einzelhandel
Vollständig	13,8	12,0	7,4	9,2
Teilweise	43,4	26,2	42,0	34,7
Ja, aber ökonomisch nicht sinnvoll	16,3	14,2	16,0	9,8
Nicht möglich	13,8	14,5	17,3	22,0
Weiß nicht	12,7	33,2	17,3	24,3

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, April 2022.

nehmen Lieferprobleme bekommen, die bisher keine hatten, oder bestehende Probleme verschärfen sich, weil weitere Produkte fehlen. Die Ergebnisse in Tabelle 1 zeigen, dass eine kurzfristige Substitution für die Mehrzahl der Unternehmen mit Problemen verbunden ist. Nur 13,8% der Industriefirmen, die aus diesen Ländern Importe beziehen, könnten ihre Bezugsquellen kurzfristig komplett ersetzen. Für 43,4% ist dies nur teilweise möglich. Weitere 16,3% antworteten, andere Bezugsquellen seien wirtschaftlich nicht sinnvoll, und 13,8% erklärten, dies sei gar nicht möglich. 12,7% der befragten Unternehmen wählten die Antwortmöglichkeit »weiß nicht«. Der Wechsel von Bezugsquellen stellt somit viele Unternehmen vor eine große Herausforderung. Jahrelang erprobte Lieferketten und Produktionsprozesse lassen sich oft kurzfristig nicht umorganisieren. Im Großhandel erklärten sogar nur 7,4%, es sei vollständig möglich, kurzfristig neue Importquellen zu finden, 42,0% sagten, das sei teilweise möglich. Wirtschaftlich nicht sinnvoll ist dies für 16,0%, gar nicht möglich für 17,3%. Und 17,3% antworteten »weiß nicht«. Ähnlich fallen die Zahlen für den Einzelhandel aus. Dort sind sich aber rund 25% der betroffenen Unternehmen unsicher, ob und wie sie dies substituieren können. Noch größer ist die Zahl (rund ein Drittel) im Dienstleistungssektor. In diesen beiden Sektoren importieren jedoch nur wenige Unternehmen aus Russland.

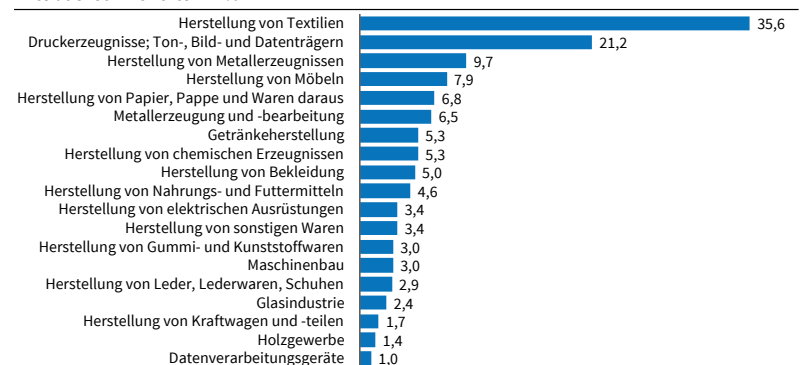
EXISTENZBEDROHUNG NICHT GESTIEGEN

Gegeben die hohe Unsicherheit unter den Unternehmen, sowohl allgemein als auch im Hinblick auf die Materialengpässe sowie die Substituierbarkeit von Importen, stellt sich die Frage, ob die Unternehmen

verstärkt in ihrer Existenz bedroht sind oder nicht. Die Umfrage vom April zeigt, dass deutlich weniger deutsche Firmen um ihr Überleben fürchten. 7,1% sahen sich im April 2022 in ihrer Existenz bedroht. Der Anteil hat sich somit im Vergleich zur letzten Erhebung im Januar 2022 fast halbiert, als es 13,7% waren. Zu Beginn der Corona-Pandemie waren es mal knapp 22% (vgl. Tab. 2).

In der Industrie fürchten lediglich 4,9% der Firmen um ihr Fortbestehen (Januar: 5,6%). Schwierig ist die Situation für viele Unternehmen aus der Textilbranche (35,6%) und unter den Druckern (21,2%). Die Schlüsselbranchen in der Industrie sind aber kaum betroffen (vgl. Abb. 4). Die Auftragsbücher in der Industrie sind weiterhin gut gefüllt. Im Einzelhandel sprachen 6,9% der Unternehmen von einer existenzbedrohenden Situation (Januar: 14,8%). Die aktuelle Inflationsdynamik hinterlässt gegenwärtig keine Spuren in diesen Zahlen. Im Großhandel liegt die Zahl mit

Abb. 4

Existenzbedrohung nach Branchen im Verarbeitendes Gewerbe
Anteil der Ja-Antworten in %

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, April 2022.

© ifo Institut

Tab. 2

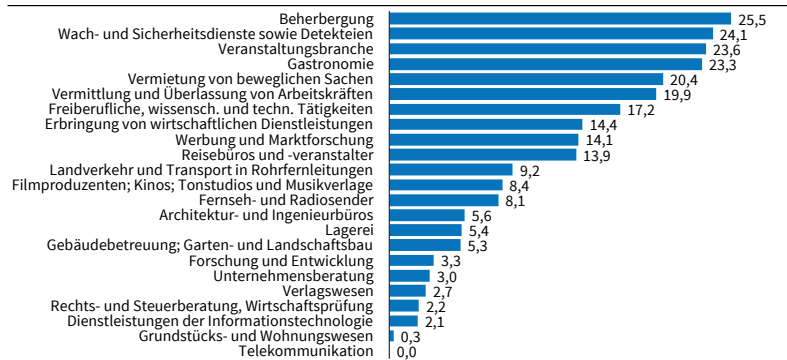
Existenzbedrohung nach Sektoren

	Juni 2020	Nov 2020	Feb 2021	Juni 2021	Dez 2021	Jan 2022	Apr 2022
Deutschland	21,8	17,6	18,7	14,0	14,0	13,7	7,1
Verarbeitendes Gewerbe	16,8	10,8	7,5	6,6	5,7	5,6	4,9
Dienstleistungssektor	28,1	24,1	26,3	20,3	20,4	20,3	9,3
Handel insgesamt	17,6	13,4	22,3	10,4	11,6	11,0	5,1
Einzelhandel	20,9	18,0	34,5	14,4	17,1	15,1	6,9
Großhandel	15,2	9,9	12,8	7,5	7,8	7,9	3,7
Bauhauptgewerbe	2,2	4,4	3,6	4,7	5,1	3,3	3,3

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, April 2022.

Abb. 5

Existenzbedrohung nach Branchen im Dienstleistungssektor
Anteil der Ja-Antworten in %

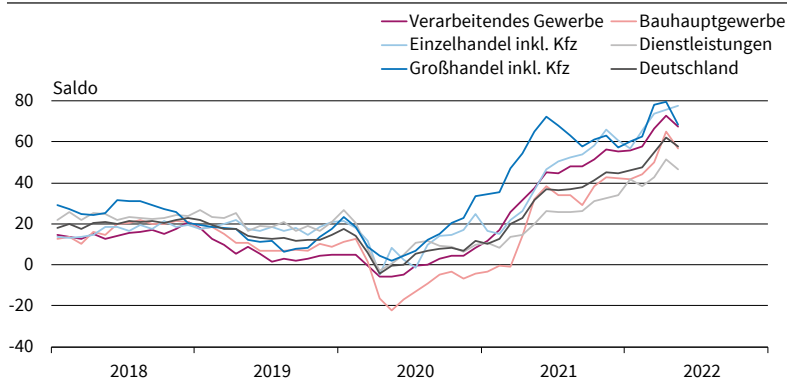


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, April 2022.

© ifo Institut

Abb. 6

ifo Preiserwartungen



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2022.

© ifo Institut

3,7% sehr niedrig. Im Dienstleistungssektor betrug der Anteil 6,9%, nach 15,1% im Januar. Praktisch keine Existenzsorgen haben Unternehmen in der IT-Branche oder der Wohnungswirtschaft (vgl. Abb. 5). Allerdings immer noch höhere Gefährdung besteht in Branchen, die durch die Corona-Pandemie besonders stark betroffen waren. Dazu zählen das Gastgewerbe und die Veranstaltungsbranche, wo knapp 25% der Unternehmen existenzielle Sorgen haben.

PREISE DÜRFTEN WEITER STEIGEN

Da sich fast alle Unternehmen teilweise stark gestiegenen Einkaufspreisen gegenübersehen, stellt sich die Frage, zu welchem Anteil sie diese an ihre eigenen Kunden weitergeben können. Tabelle 3 mit den

Tab. 3

Möglichkeit, gestiegene Einkaufspreise weiterzugeben

	Durchschnitt des Anteils, der weitergegeben werden kann	Median	Anteil, der Firmen, die 0% weitergeben können
Verarbeitendes Gewerbe	51,4	50	13,1
Dienstleister	23,8	0	58,8
Großhandel	57,7	60	17,7
Einzelhandel	35,3	10	39,9
Bauhauptgewerbe	25,2	10	42,9

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, April 2022.

Ergebnissen einer diesbezüglichen Sonderfrage gibt Aufschluss darüber. 100% würden hierbei bedeuten, dass die Unternehmen die gestiegenen Einkaufspreise vollständig weiterreichen. Es zeigt sich, dass in der Industrie etwa die Hälfte der Preisanstiege an die Kunden weitergegeben werden. Das bedeutet, dass die Unternehmen auf einen Teil der Gewinnmargen verzichten müssen. Für rund 13% der befragten Firmen ist es überhaupt nicht möglich, die gestiegenen Einkaufspreise weiterzugeben. Hier ist zu vermuten, dass diese in einem starken Wettbewerbsfeld agieren. Ein Blick in die Industriebranchen zeigt, dass der Anteil meist zwischen 40% und 60% schwankt. Der Ausreißer nach oben ist die Mineralölindustrie und nach unten die Getränkeindustrie. Im Dienstleistungssektor besteht für deutlich weniger Unternehmen (rund 60%) die Möglichkeit, die gestiegenen Einkaufspreise in irgendeiner Form weiterzugeben. Wenn dies möglich ist, dann durchschnittlich nur zu rund 25%. Auffällig ist hier der Bereich Transport und Logistik mit über 35%.

Das ifo Institut fragt monatlich auch die geplanten Verkaufspreiseänderungen bei den Unternehmen ab. Hierbei wird aber nur die Richtung der Preisänderung und nicht die entsprechende Höhe abgefragt. In Abbildung 6 sind die ifo Preiserwartungen für die verschiedenen Sektoren dargestellt. Seit Mitte 2020 sind diese fast kontinuierlich aufwärtsgerichtet. Im Mai lagen sie bei 57,8 Saldenpunkten, etwas unterhalb des Rekordwerts vom April mit 61,8. Der Mehrheit der Unternehmen plant demnach, ihre Preise in den kommenden drei Monaten zu erhöhen. Im Mai sank der Anteil der Industriefirmen, die ihre Preise erhöhen wollen, von 72,6 auf 67,4 Punkte, im Großhandel von 79,3 auf 68,1, bei den Dienstleistern von 51,4 auf 46,7 und auf dem Bau von 64,7 auf 56,9. Es ist aber schwierig zu sagen, welcher Anteil an diesen Anstiegen auf den Krieg zurückzuführen ist. Neben der physischen Knappheit von Vorprodukten und Rohmaterialien spielten auch schon letztes Jahr stark gestiegene Rohstoffpreise eine große Rolle. Neu hinzugekommen ist der stark gestiegene Preis für Gas.

Ein Blick in die Dienstleistungsbranchen zeigt, dass vor allem die von Corona betroffenen Branchen, wie Gastgewerbe und Touristik, die Preise erhöhen wollen. Hier zeigen sich wohl vor allem Nachholeffekte. In der Industrie wollen insbesondere die Industrien die Preise erhöhen, die energieintensiv produzieren. Dies sind z.B. die Chemische Industrie, Gummi-

und Kunststoffwarenhersteller, Metallbau oder das Papiergewerbe. Die Preiserhöhungsabsichten ziehen sich aber de facto durch alle Branchen. Dabei spielen auch Kaskadeneffekte eine Rolle, da viele Hersteller von Grundprodukten die Preise erhöhen (müssen). Dies wirkt sich dann auf die nachgelagerten Industrien und letztendlich auf den Einzelhandel aus.

LITERATUR

Lautenbacher, S., S. Sauer und K. Wohlrabe (2020), »Wie schwer fällt es Manager*innen, den Verlauf zukünftiger Geschäfte vorherzusagen? Das neue Maß der ifo Geschäftsunsicherheit«, *ifo Schnelldienst* 73(12), 32–35.

Leiss, F. und K. Wohlrabe (2021), »Aktuelle Entwicklungen bei Materialengpässen und Lieferproblemen in der deutschen Wirtschaft«, *ifo Schnelldienst digital* 2(19).

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2022), »Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf deutsche Unternehmen: Unsicherheit, Lieferengpässe und Preisanstiege«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderausgabe April, 15–18.

Wohlrabe, K. (2021), »Materialengpässe in der Industrie: Wer ist betroffen, und wie reagieren die Unternehmen?«, *ifo Schnelldienst* 74(9), 60–65.

Wohlrabe, K. und T. Wollmershäuser (2016), »Der Zusammenhang zwischen Geschäftserwartungen und -lage im ifo Konjunkturtest«, *ifo Schnelldienst* 69(5), 42–45.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, R. Šauer, K. Wohlrabe und L. Zarges (2022): »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2022: Folgen des russisch-ukrainischen Krieges dämpfen deutsche Konjunktur«, *ifo Schnelldienst digital*, 3(1).